

**19. aktualisierte Auflage**

**TÜV Media**

# Betriebssicherheit – Eine Vorschriftensammlung

Antonius Spier  
Thomas Prager (Hrsg.)

Die Inhalte dieses Werkes wurden von Verlag, Herausgebern und Autoren nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet und zusammengestellt. Eine rechtliche Gewähr für die Richtigkeit der einzelnen Angaben kann jedoch nicht übernommen werden.

Gesetze, Verordnungen, Technische Regeln und andere Vorschriften sind nur gültig und finden Anwendung entsprechend ihrer jeweils aktuellsten Fassung, die im einschlägigen amtlichen Verkündungsorgan (insbesondere Bundesgesetzblatt und Bundesanzeiger) veröffentlicht ist.

Redaktionsschluss: Mitte Dezember 2025

#### Herausgeber:

Antonius Spier  
TÜV Rheinland Industrie Service GmbH  
Bereichsleiter, Prokurist  
Alboinstr. 56, 12103 Berlin  
E-Mail: antonius.spier@de.tuv.com  
Fon: +49 (0) 30 7562-1915

Thomas Prager  
TÜV Rheinland Industrie Service GmbH  
Gesamtleiter der Zugelassenen  
Überwachungsstelle  
Am Grauen Stein | 51105 Köln  
E-Mail: thomas.prager@de.tuv.com  
Fon: +49 (0) 221 806-2427

Mit-Herausgeber bis einschließlich 18. Auflage:

Karl Westermann, Dipl.-Ing.  
Technischer und betrieblicher Arbeitsschutz  
Arbeitsschutzverwaltung NRW, GOAR a. D.

#### **Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

19. aktualisierte Auflage

ISBN 978-3-7406-1023-4 (Print)

ISBN 978-3-7406-1024-1 (E-Book)

® TÜV, TUEV und TUV sind eingetragene Marken.

Eine Nutzung und Verwendung bedarf der vorherigen Zustimmung.

© TÜV Media GmbH, TÜV Rheinland Group, Köln 2026

[www.tuev-media.de](http://www.tuev-media.de)

# Inhalt

<b>Vorwort</b>		7
<b>Einführung</b>		10
<b>Gesetze</b>		
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz	25
ÜAnlG	Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen	55
ArbSchG*	Arbeitsschutzgesetz	73
ASiG	Arbeitssicherheitsgesetz	93
<b>Verordnungen</b>		
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung	103
GefStoffV*	Gefahrstoffverordnung	181
ArbStättV*	Arbeitsstättenverordnung	205
<b>TRBS Technische Regeln für Betriebssicherheit</b>		
TRBS 1001	Struktur und Anwendung der Technischen Regeln für Betriebssicherheit	233
TRBS 1111*	Gefährdungsbeurteilung	239
TRBS 1112	Instandhaltung	307
TRBS 1112 Teil 1*	Explosionsgefährdungen bei und durch Instandhaltungsarbeiten – Beurteilung und Schutzmaßnahmen	333
TRBS 1115*	Sicherheitsrelevante Mess-, Steuer- und Regeleinrichtungen	345
TRBS 1115 Teil 1	Cybersicherheit für sicherheitsrelevante Mess-, Steuer- und Regeleinrichtungen	389
TRBS 1116*	Qualifikation, Unterweisung und Beauftragung von Beschäftigten für die sichere Verwendung von Arbeitsmitteln	413
TRBS 1122	Änderungen von Gasfüllanlagen, Lageranlagen, Füllstellen, Tankstellen und Flugfeldbetankungsanlagen – Ermittlung der Prüfpflicht nach Anhang 2 Abschnitt 3 BetrSichV und der Erlaubnispflicht gemäß § 18 BetrSichV	427

\* neu, geändert oder aufgehoben gegenüber der Voraufgabe

TRBS 1123	Prüfpflichtige Änderungen von Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen – Ermittlung der Prüfnötwendigkeit gemäß § 15 Absatz 1 BetrSichV	453
TRBS 1151*	Gefährdungen an der Schnittstelle Mensch – Arbeitsmittel – Ergonomische und menschliche Faktoren	465
TRBS 1201*	Prüfungen und Kontrollen von Arbeitsmitteln und Überwachungsbedürftigen Anlagen	517
TRBS 1201 Teil 1	Prüfung von Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen	547
TRBS 1201 Teil 2*	Prüfungen und Kontrollen bei Gefährdungen durch Dampf und Druck	599
TRBS 1201 Teil 3	Instandsetzung an Geräten, Schutzsystemen, Sicherheits-, Kontroll- und Regelvorrichtungen im Sinne der Richtlinie 2014/34/EU	635
TRBS 1201 Teil 4*	Prüfung von Überwachungsbedürftigen Anlagen – Prüfung von Aufzugsanlagen	661
TRBS 1203	Zur Prüfung befähigte Personen	711
TRBS 2111	Mechanische Gefährdungen – Allgemeine Anforderungen	735
TRBS 2111 Teil 1	Mechanische Gefährdungen – Maßnahmen zum Schutz vor Gefährdungen beim Verwenden von mobilen Arbeitsmitteln	761
TRBS 2121	Gefährdungen von Beschäftigten durch Absturz – Allgemeine Anforderungen	803
TRBS 2121 Teil 1	Gefährdung von Beschäftigten durch Absturz bei der Verwendung von Gerüsten	809
TRBS 2121 Teil 2	Gefährdung von Beschäftigten bei der Verwendung von Leitern	825
TRBS 2121 Teil 3	Gefährdungen von Personen durch Absturz – Bereitstellung und Benutzung von Zugangs- und Positionierungsverfahren unter Zuhilfenahme von Seilen	831
TRBS 2121 Teil 4	Gefährdungen von Beschäftigten durch Absturz – Ausnahmsweises Heben von Beschäftigten mit hierfür nicht vorgesehenen Arbeitsmitteln	839
TRBS 2141	Gefährdung durch Dampf und Druck	853
TRBS 2181*	(aufgehoben)	
TRBS 3121*	Betrieb von Aufzugsanlagen	893

\* neu, geändert oder aufgehoben gegenüber der Voraufgabe

TRBS 3145	Ortsbewegliche Druckgasbehälter – Füllen, Bereithalten, innerbetriebliche Beförderung, Entleeren	933
TRBS 3146	Ortsfeste Druckanlagen für Gase	963
TRBS 3151*	Vermeidung von Brand-, Explosions- und Druckgefährdungen an Tankstellen und Füllanlagen zur Befüllung von Landfahrzeugen (TRGS 751)	1021
<b>Arbeitshilfen</b>		
Begriffsglossar	Begriffsglossar zu den Regelwerken der BetrSichV, der BioStoffV und der GefStoffV	1153

---

\* neu, geändert oder aufgehoben gegenüber der Voraufgabe

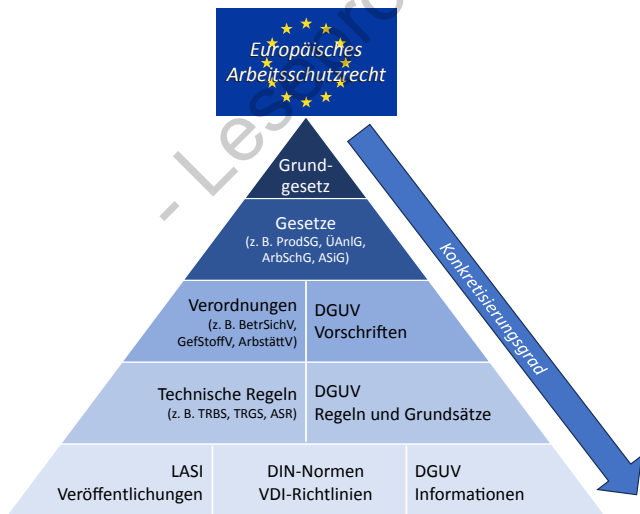
- Leseprobe -

## Vorwort

Dieses kompakte Taschenbuch ist erstmals 2005 erschienen und nun seit mehr als 20 Jahren als Vorschriftensammlung aus der Praxis für die Praxis etabliert. Herausgeber und Verlag legen von Anfang an großen Wert auf eine regelmäßige Aktualisierung.

Um jedoch ständig auf dem aktuellen Stand zu bleiben und den schnellen Zugriff auf die relevanten Rechtsnormen in diesem praktischen Format zu gewährleisten, haben sich die Herausgeber entschlossen, auf eine Kommentierung zu verzichten und die betreffenden umfangreichen europäischen Richtlinien, die für die Anforderungen im Rahmen der Bereitstellung auf den Markt einzuhalten sind (Herstellervorgaben), nicht mit aufzunehmen. Vielmehr soll mit der detaillierten Einführung ein Überblick gegeben werden und mit einer klaren Gliederung das Taschenbuch als Nachschlagewerk für die betriebliche Praxis dienen.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Einordnung dieser Regelwerke in den Gesamtkontext des europäischen sowie des nationalen Arbeitsschutzrechts.



Alle Vorschriften zur betrieblichen Sicherheit unterliegen einer kontinuierlichen Anpassung. Die Gesetzgebung im Arbeitsschutz folgt dabei dem europäischen Leitgedanken „New Approach“ – ein klares Bekenntnis zu mehr unternehmerischen Freiheiten, mehr Eigenverantwortung der Arbeitgeber und weniger staatlicher Einflussnahme.

Dieses Taschenbuch legt den Schwerpunkt auf die wichtigsten Gesetze, Verordnungen, Technischen Regeln und Arbeitshilfen zur Umsetzung der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV). Es werden immer nur die im Gemeinsamen Ministerialblatt (GMBI) erschienenen und damit gültigen Technischen Regeln für Betriebssicherheit abgedruckt.

In der hier vorliegenden 19. Auflage des Buchs wurden alle Rechtsvorschriften sowie Technischen Regeln für Betriebssicherheit, die für den betrieblichen Arbeitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln relevant sind, in aktueller Fassung aufgenommen (Redaktionsschluss Mitte Dezember 2025). Im Inhaltsverzeichnis sind die Änderungen gegenüber der 18. Auflage (Redaktionsschluss Dezember 2023) gekennzeichnet.

Die Regelungen zu überwachungsbedürftigen Anlagen (z. B. Dampfkessel, Druckbehälter, Tankstellen, Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen und Aufzugsanlagen) wurden bereits 2021 aus dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) in ein eigenständiges „Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen“ (ÜAnIG) überführt. Die Regelungen betreffen die sichere Errichtung, Änderung und den Betrieb von überwachungsbedürftigen Anlagen. Beschäftigte und Dritte im Gefahrenbereich der Anlagen werden geschützt. Der Betreiber ist der sogenannte Normadressat der betreffenden rechtlichen Regelungen.

Hervorzuheben ist die Aufnahme der neuesten Technischen Regeln für sicherheitsrelevante Mess-, Steuer- und Regeleinrichtungen (MSR-Einrichtungen) einschließlich der besonderen Anforderungen an die Cybersicherheit. In zwei analog aufgebauten Regelwerken (TRBS 1115 und TRBS 1115 Teil 1) ist der Umgang des Arbeitgebers mit sicherheitsrelevanten MSR-Einrichtungen im Kontext des Lebenszyklus von der Planung bis zur Verwendung, Instandhaltung und Prüfung beschrieben. In neu erstellten Anhängen werden darüber hinaus Anforderungen an ein Management der funktionalen Sicherheit bzw. der Cybersicherheit definiert und Beispiele für Prüfungen genannt.

Die hier vorliegende Vorschriftensammlung ist als DIN-A6-Print-Ausgabe sowie als digitales Nachschlagewerk (E-Book) erhältlich. Damit haben Arbeitgeber, Führungskräfte, Betreiber, befähigte Personen, Fachkräfte für Arbeitssicherheit und sonstiges qualifiziertes Fachpersonal ein umfassendes und klar strukturiertes Nachschlagewerk zur Verfügung, um ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden zu können.



## **DANKSAGUNG**

Dem aufmerksamen Leser ist es bestimmt aufgefallen, dass bei dieser 19. Auflage erstmals Thomas Prager als Mitherausgeber aufgeführt ist. Das ist für mich, Antonius Spier, als Initiator dieses Buchprojekts die Gelegenheit, mich auch im Namen des Verlags und vieler zufriedener Nutzer des Taschenbuchs herzlich bei KARL WESTERMANN für die langjährige Mitwirkung, für viele konstruktive Gespräche und Ideen als Mitherausgeber zu bedanken. Wir wünschen Ihnen im Ruhestand viel Glück, Gesundheit und Zufriedenheit.

- Leseprobe -

## EINFÜHRUNG

Die „Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln“ (Betriebssicherheitsverordnung – BetrSichV) ist bis auf Weiteres die grundlegende Rechtsvorschrift, um den betrieblichen Arbeitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln zu gewährleisten; nahezu jedes bundesdeutsche Unternehmen ist betroffen.<sup>1</sup> Die Verantwortung für die vollständige Umsetzung und Einhaltung aller Vorschriften zur Verwendung von Arbeitsmitteln liegt explizit bei den Arbeitgebern in allen Branchen unserer Wirtschaft.

Die erste Fassung der Betriebssicherheitsverordnung trat am 3. Oktober 2002 in Kraft und gab damit den Startschuss für eine grundlegende Änderung im Arbeitsschutzrecht. Alle darin enthaltenen Übergangsregelungen waren bis zum 1. Januar 2008 ausgelaufen. In den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten gab es nur wenige wesentliche Änderungen; die Struktur und die inhaltliche Ausrichtung der Verordnung blieben grundsätzlich erhalten.

Am 6. Februar 2015 wurde nach vielen Jahren der Anwendung eine konzeptionell und strukturell vollständig überarbeitete Fassung der BetrSichV im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (Inkrafttreten zum 1. Juni 2015). Mit der Neufassung korrigierte der Gesetzgeber lange bekannte rechtliche und fachliche Unklarheiten und beseitigte Doppelregelungen insbesondere beim Explosionsschutz und bei der Prüfung von Arbeitsmitteln. Dies trug zur besseren Lesbarkeit, insbesondere bei Schnittstellen zu angrenzenden Rechtsvorschriften, und nicht zuletzt zur besseren Anwendbarkeit durch die Arbeitgeber bei. Es wurden zudem besondere Anforderungen aufgenommen, die den Zielen der Bundesregierung zur altersgerechten Arbeit (demografischer Wandel), zur Verringerung psychischer Belastungen sowie zur ergonomischen Gestaltung der Arbeit dienen.

Auch in der Folgezeit gab es immer wieder Anpassungen, insbesondere wegen geänderter europäischer Rechtsgrundlagen (vgl. Fassung der BetrSichV vom 18. Oktober 2017, vom 30. April 2019 oder vom 27. Juli 2021).

Mit der zum 16. Juli 2021 unmittelbar in Deutschland geltenden EU-Marktüberwachungsverordnung 2019/1020 (EM-MÜ-VO 2019/1020, 20. Juni 2019) wurde eine weitere sehr tiefgreifende und komplexe Überarbeitung des nationalen Rechtsgebiets erforderlich. Das bewährte „Gesetz zur Bereitstellung von Produkten auf dem Markt“ (Produktsicherheitsgesetz, ProdSG) musste wegen teils widersprüchlicher und teils doppelter Regelungen angepasst werden. Die Bundesregierung entschloss sich zu einer „Verschlankung“ des Produktsicherheitsgesetzes mit Fokus auf die Anforderungen, die zur Bereitstellung bzw.

---

<sup>1</sup> Ausnahmen siehe § 1 Absatz 2–5 BetrSichV

zur erstmaligen Verwendung und Ausstellung von Produkten auf dem europäischen Markt relevant sind. Zur Rechtsbereinigung wurde das „Gesetz zur Anpassung des Produktsicherheitsgesetzes und zur Neuordnung des Rechts der überwachungsbedürftigen Anlagen“ erarbeitet und am 30. Juli 2021 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 3146, Nr. 49) veröffentlicht. Neben dem neuen ProdSG (Artikel 1) wurden über 30 Rechtsvorschriften überarbeitet, und das „Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen“ (Artikel 3, ÜAnlG) wurde neu geschaffen.

Auf der Grundlage von § 31 Nr. 1 ÜAnlG wird derzeit von den zuständigen Gremien ein Katalog für überwachungsbedürftige Anlagen erarbeitet. Bis zur rechtskräftigen Veröffentlichung dieses Katalogs gelten die in § 2 Nr. 30 des Produktsicherheitsgesetzes vom 08.11.2011 in der Fassung der Änderung vom 19.06.2020 genannten Anlagen als überwachungsbedürftige Anlagen im Sinne des ÜAnlG (vgl. § 34 ÜAnlG).

Die Verantwortung, von der in diesem Zusammenhang fortwährend die Rede ist, hat ihre Wurzeln im „New Approach“ (neue Konzeption) der europäischen Gesetzgebung und folgt somit einem international abgestimmten Gedanken.

Dieser „New Approach“ erfasst in diesem Zusammenhang alle Felder des betrieblichen Arbeitsschutzes und basiert auf folgenden Kernpunkten:

- Unternehmerische Verantwortung ist eine Eigenverantwortung. Sie muss als solche wahrgenommen werden und lässt sich nicht an Externe delegieren.
- Arbeitsschutz bedeutet, das als notwendig Erkannte zu unternehmen. Die Verantwortung ist vom Wesen her eine Unternehmensstrategie, keine „Verhinderungsstrategie“.
- Die Sicherheit und der Schutz der Gesundheit von Beschäftigten und „anderen Personen“ im Gefahrenbereich sind oberstes Ziel.

Die Ursprünge dieses europäischen Ansatzes sind nicht so neu, wie die Bezeichnung es vermuten lässt. Man findet sie unter anderem im Leitgedanken der Sozialpolitik von Bismarck zum Ende des 19. Jahrhunderts wieder. Es ist das „Subsidiaritätsprinzip“, wonach Selbstverantwortung vor staatliches Handeln gestellt wird und der Staat nur die Aufgaben an sich zieht, die von den nach dem Gesetz Handelnden nicht erfüllt werden können. Der Gesetzgeber regelt, warum zu handeln ist und ob zu handeln ist, aber nicht, wie der „Normadressat“ (in diesem Fall insbesondere der Arbeitgeber oder Betreiber) zu handeln hat.

Damit trotz der „neuen Freiheit“ die Schutzziele des Arbeitsschutzes erreicht werden können, setzt der Gesetzgeber voraus, dass die Akteure ihre Verantwortung kennen und diese uneingeschränkt wahrnehmen.

Dabei wird in allen zutreffenden Verordnungen zwischen Herstellerverantwortung auf der einen Seite und Arbeitgeber- bzw. Betreiberverantwortung auf der anderen Seite differenziert:

- Die Bereitstellung von Produkten, z. B. Arbeitsmitteln, auf dem Markt (europaweit harmonisiert und über Verordnungen nach dem Produktsicherheitsgesetz umgesetzt) liegt im Wesentlichen in der Verantwortung der Hersteller.
- Betriebliche Regelungen für die Auswahl und Verwendung von Arbeitsmitteln unter Berücksichtigung des Standes der Technik<sup>2</sup> liegen in der Verantwortung der Arbeitgeber und Betreiber.

Mit dem Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen bekommt die sogenannte „Betreiberverantwortung“ eine besondere Aufmerksamkeit. Dieser „Betreiber“ kann eine juristische oder eine natürliche Person sein.

Unabhängig davon, wer die Verantwortung aufgrund einer Rechtsvorschrift trägt, ist durchgängig das oberste Ziel, ein hohes Maß an Sicherheit und Gesundheitsschutz für Verbraucher, Beschäftigte und andere Personen zu erreichen.

### Verantwortung der Arbeitgeber

Grundsätzlich sind alle Arbeitgeber als sogenannte „Normadressaten“ angesprochen. Die BetrSichV regelt die Sicherheit und den Schutz der Gesundheit von Beschäftigten sowie Maßnahmen zum Schutz anderer Personen (den sogenannten Drittschutz) bei der Verwendung<sup>3</sup> von Arbeitsmitteln, insbesondere im Gefahrenbereich sogenannter überwachungsbedürftiger Anlagen durch

1. die Auswahl geeigneter Arbeitsmittel und deren sichere Verwendung,
2. die für den vorgesehenen Verwendungszweck geeignete Gestaltung von Arbeits- und Fertigungsverfahren und
3. die Qualifikation und Unterweisung der Beschäftigten.

Als Arbeitsmittel sind Werkzeuge, Geräte, Maschinen und Anlagen definiert. Das heißt, zu den Arbeitsmitteln gehört die Handbohrmaschine ebenso wie der Gabelstapler oder die prozessgesteuerte Anlage.

---

2 § 2 Abs. 10 BetrSichV: Stand der Technik ist der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen, die die praktische Eignung einer Maßnahme oder Vorgehensweise zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherheit der Beschäftigten oder anderer Personen gesichert erscheinen lässt. Zur Bestimmung des Stands der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen, die mit Erfolg in der Praxis erprobt worden sind.

3 § 2 Abs. 2 BetrSichV: Die Verwendung von Arbeitsmitteln umfasst jegliche Tätigkeit mit diesen. Dazu gehören insbesondere das Montieren und Installieren, Bedienen, An- oder Abschalten oder Einstellen, Gebrauchen, Betreiben, Instandhalten, Reinigen, Prüfen, Umbauen, Erproben, Demontieren, Transportieren und Überwachen.

## **Einheitliches Schutzkonzept für alle Arbeitsmittel**

Mit der Betriebssicherheitsverordnung wird ein Schutzkonzept für die Verwendung jedes Arbeitsmittels gefordert, das alle von ihm ausgehenden Gefährdungen berücksichtigt. Die Bausteine sind:

- Gefährdungsbeurteilung für alle Arbeitsmittel
- „Stand der Technik“ als einheitlicher Sicherheitsmaßstab
- auf die Gefährdung abgestimmte Schutzmaßnahmen und Prüfungen<sup>4</sup>
- Dokumentation

## **Grundpflichten der Arbeitgeber**

Der Arbeitgeber hat die Belange des Arbeitsschutzes in Bezug auf die Verwendung von Arbeitsmitteln angemessen in seiner betrieblichen Organisation zu berücksichtigen und dafür die erforderlichen personellen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.

Dazu kann er im Rahmen seiner Organisationsverantwortung bestimmte Aufgaben an betriebsinterne und externe Personen übertragen, wenn er sich zuvor von deren fachlicher Eignung überzeugt hat. Mit der Erarbeitung von Gefährdungsbeurteilungen oder Instandhaltungsmaßnahmen kann er beispielsweise sogenannte „fachkundige Personen“ beauftragen, mit der Prüfung von Arbeitsmitteln sogenannte „befähigte Personen“ oder eine „Zugelassene Überwachungsstelle“ (ZÜS). Die Verantwortung für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz kann der Arbeitgeber jedoch nicht delegieren.

### **1. Schritt**

Jeder Arbeitgeber muss bereits bei der Auswahl von Arbeitsmitteln deren Eignung im Hinblick auf die sichere Verwendung berücksichtigen. Vor der ersten Verwendung müssen die vorhersehbaren Gefährdungen umfassend beurteilt, d. h. systematisch ermittelt und bewertet sein. Dabei sind auch die Wechselwirkungen der Arbeitsmittel untereinander oder mit Arbeitsstoffen sowie mit der Arbeitsumgebung zu beachten. Die Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung sind zu dokumentieren und regelmäßig zu überprüfen. Die Gefährdungsbeurteilung ist nach sicherheitsrelevanten Veränderungen der Arbeitsbedingungen einschließlich Änderungen am Arbeitsmittel zu aktualisieren. Diese Pflicht zur Gefährdungsbeurteilung gilt definitionsgemäß auch für alle überwachungsbedürftigen Anlagen (wird gemäß § 4 des UAnlG geregelt).

---

<sup>4</sup> Sofern die Prüfung von einer zugelassenen Überwachungsstelle durchzuführen ist, ist von dieser eine Prüfbescheinigung über das Ergebnis der Prüfung zu fordern (§ 17 Abs. 1 Satz 2 BetrSichV).

### 2. Schritt

Nach der Gefährdungsbeurteilung werden die ermittelten Schutzmaßnahmen entsprechend dem Stand der Technik festgelegt, um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer zu gewährleisten. Dabei spielen ergonomische Zusammenhänge zwischen Arbeitsplatz, Arbeitsmittel, Arbeitsorganisation, Arbeitsablauf und Arbeitsaufgabe eine wesentliche Rolle.

Technische Schutzmaßnahmen haben Vorrang vor organisatorischen, diese wiederum haben Vorrang vor personenbezogenen Schutzmaßnahmen (TOP-Prinzip). Die Verwendung persönlicher Schutzausrüstung ist auf ein erforderliches Minimum zu beschränken.

Die aktuellen Technischen Regeln für Betriebssicherheit (TRBS), die im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht werden, definieren den Stand der Technik rechtsverbindlich. Die Tatsache, dass es für einige Bereiche noch keine zutreffenden TRBS gibt, entbindet den Arbeitgeber nicht von der Pflicht, den Stand der Technik einzuhalten.

### 3. Schritt

Weiterhin ist der Arbeitgeber für die Instandhaltung (Instandsetzung, Wartung und Inspektion) und damit auch für die Prüfung sämtlicher Arbeitsmittel und für die dazugehörige korrekte Dokumentation verantwortlich. Auf der Basis der Gefährdungsbeurteilung legt er Art, Umfang und Fristen erforderlicher Prüfungen für Arbeitsmittel fest.

Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass Arbeitsmittel nach Änderungs- und Instandsetzungsarbeiten geprüft werden, wenn die Sicherheit der Arbeitsmittel beeinträchtigt worden ist.

Um eine ordnungsgemäße Prüfung zu gewährleisten, hat der Arbeitgeber die notwendigen Voraussetzungen zu ermitteln und festzulegen, die die („befähigten“) Personen erfüllen müssen, die von ihm mit der Prüfung von Arbeitsmitteln beauftragt werden sollen. Dies gilt sowohl für die Prüfungen durch eigenes Personal als auch bei Vergabe an einen externen Dienstleister. Die „befähigte Person“ unterliegt bei ihrer Prüftätigkeit keinen fachlichen Weisungen und darf wegen dieser Tätigkeit nicht benachteiligt werden.

Qualifikationsvoraussetzungen sind erforderliche Fachkenntnisse aufgrund von

- Berufsausbildung,
- Berufserfahrung und
- zeitnaher beruflicher Tätigkeit.

Details sind in den Technischen Regeln für Betriebssicherheit geregelt, z. B. TRBS 1201 „Prüfungen und Kontrollen von Arbeitsmitteln und überwachungsbedürftigen Anlagen“ und TRBS 1203, „Zur Prüfung befähigte Personen“.

Bei der Beauftragung einer Zugelassenen Überwachungsstelle (ZÜS) mit derartigen Prüfaufgaben kann der Auftraggeber auf eine Nachprüfung der Personalqualifikation jedes einzelnen Prüfers verzichten; die Urkunde über die Befugniserteilung der ZÜS, ausgestellt von der zuständigen Überwachungsbehörde, der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS), ist als Nachweis der Personalqualifikation ausreichend.

**Begriff: Zugelassene Überwachungsstellen (ZÜS)**

Anerkannte und von der zuständigen Behörde zugelassene Prüfstellen zur Überwachung und Prüfung in den Gefahrenfeldern:

- Druck und/oder
- Heben von Personen und/oder
- Brand- und Explosionsschutz

Die Anforderungen an die Zulassung von Prüfstellen als ZÜS und an die Aufsichtsbehörden sind in Abschnitt 4 des neuen ÜAnlG geregelt.

**Besondere Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen**

Überwachungsbedürftige Anlagen unterliegen aufgrund ihres Gefahrenpotenzials der besonderen Beobachtung durch die zuständigen Behörden. In allen Bundesländern mit Ausnahme von Bayern, Hessen, Berlin und Rheinland-Pfalz ist ein Anlagenkataster eingerichtet, das eine Überwachung von der erstmaligen Inbetriebnahme bis zur Stilllegung der Anlage gewährleisten soll. Die Zugelassenen Überwachungsstellen sind in diesen Bundesländern verpflichtet, entsprechende Daten über die durchgeführten Prüfungen zur Verfügung zu stellen (sogenannte ANKA-Meldungen), um den Behörden eine gezielte Kontrolle zu ermöglichen und um z. B. festzustellen, welche Prüfungen überfällig sind. Darüber hinaus gilt bundesweit für jede Zugelassene Überwachungsstelle die Meldepflicht an die zuständigen Behörden, wenn sie bei einer Prüfung gefährliche Mängel feststellt. Auch bei nicht abgestellten erheblichen Mängeln, die im Rahmen von Nachprüfungen festgestellt werden, und wenn Nachprüfungen bei erheblichen Mängeln nicht beauftragt werden, muss eine Meldung der ZÜS an die zuständige Behörde erfolgen.

Erläuterungen zum Mangelbegriff und die Unterscheidung von geringfügigen, erheblichen und gefährlichen Mängeln sind in der TRBS 1201 enthalten.

**Erlaubnispflicht**

Bestimmte überwachungsbedürftige Anlagen bedürfen der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Errichtung und der beabsichtigte Betrieb sowie Ände-

rungen der Bauart oder Betriebsweise, die die Sicherheit der Anlage beeinflussen, sind schriftlich zu beantragen. Aus den Unterlagen muss hervorgehen, dass die Anforderungen der Betriebssicherheitsverordnung und hinsichtlich des Brand- und Explosionsschutzes auch der Gefahrstoffverordnung erfüllt sind und dass die vorgesehenen sicherheitstechnischen Maßnahmen geeignet sind. Den Unterlagen ist ein Prüfbericht (früher „Gutachterliche Äußerung“) einer zugelassenen Überwachungsstelle (ZÜS) beizufügen.

### Weitergehende Informationen und Handlungsanleitungen im Internet

Die von offizieller Seite bereitgestellten Handlungsanleitungen, Checklisten zu Antragsunterlagen und weitere Informationen sind auf den Internetseiten des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) zu finden: <https://lasi-info.com/publikationen/lasi-veroeffentlichungen>

### Prüfungen an überwachungsbedürftigen Anlagen

Der Betreiber einer überwachungsbedürftigen Anlage hat gemäß § 7 ÜAnIG sicherzustellen, dass die Anlagen in der Regel von einer ZÜS, ggf. einer befähigten Person (bP), auf ihren sicheren und ordnungsgemäßen Zustand geprüft werden:

1. vor der ersten Inbetriebnahme,
2. vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen,
3. nach außergewöhnlichen Ereignissen und
4. regelmäßig wiederkehrend (je Anlage sind Höchstfristen definiert).

Die Zuständigkeit für die Prüfungen, ZÜS oder bP, richtet sich nach dem Gefahrenpotenzial der zu prüfenden Anlage und ist in der Betriebssicherheitsverordnung festgelegt. Werden bei der Prüfung durch eine ZÜS gefährliche Mängel festgestellt, ist neben der Meldung an die zuständige Behörde eine Nachprüfung erforderlich. Betreiber dürfen Anlagen mit gefährlichen Mängeln nicht betreiben und müssen diese entsprechend kennzeichnen. Erst nach einer Nachprüfung mit positivem Ergebnis darf die überwachungsbedürftige Anlage wieder in Betrieb gehen (vgl. § 10 ÜAnIG).

Bei der Prüfung wird auch die Gefährdungsbeurteilung als Erkenntnisquelle genutzt, insbesondere die darin festgelegten sicherheitstechnischen Maßnahmen. In Abhängigkeit vom Prüfergebnis kann der Betreiber in Abstimmung mit der ZÜS die Frist bis zur nächsten wiederkehrenden Prüfung neu festlegen. Dabei sind die rechtlichen Grenzen zu beachten.

Der Arbeitgeber bzw. Betreiber hat dafür zu sorgen, dass das Ergebnis der Prüfung mindestens mit folgenden Inhalten aufgezeichnet und während der gesamten Verwendungsdauer am Betriebsort der überwachungsbedürftigen Anlage aufbewahrt wird:



1. Anlagenidentifikation
2. Prüfdatum
3. Art der Prüfung
4. Prüfungsgrundlagen
5. Prüfumfang
6. Wirksamkeit und Funktion der getroffenen Schutzmaßnahmen
7. Ergebnis der Prüfung
8. Frist bis zur nächsten wiederkehrenden Prüfung
9. Name und Unterschrift des Prüfers (auch elektronische Signatur möglich) und Name der ZÜS.

**Begriff: Änderung gemäß BetrSichV**

„§ 2 (9) Prüfpflichtige Änderung ist jede Maßnahme, durch welche die Sicherheit eines Arbeitsmittels beeinflusst wird. Auch Instandsetzungsarbeiten können solche Maßnahmen sein.“

Die ZÜS stellt dazu eine Prüfbescheinigung aus, die befähigte Person eine Prüfaufzeichnung.

**Besonderheit: Druckanlagen**

Bei Druckanlagen legt der Betreiber den Umfang fest, in dem die Anlage im Rahmen von Prüfungen betrachtet wird. Der Mindestumfang schließt die Überwachungsbedürftigen Anlagenteile (Druckbehälter, Rohrleitungen und Dampfkessel) sowie die zugehörigen, auf die Druckgefährdung bezogenen Sicherheitseinrichtungen einschließlich der sicherheitsrelevanten MSR-Einrichtungen ein. Generell sind in Prüfungen auch die sicherheitsrelevanten Aufstellungs- und Umgebungsbedingungen einzubeziehen, bei Dampfkesseln zusätzlich der Aufstellungsraum.

Zu den Prüfungen an Druckanlagen gehören die Prüfung vor Inbetriebnahme der Druckanlage (erstmalig oder nach prüfpflichtiger Änderung), die wiederkehrenden Prüfungen der Druckanlage sowie die wiederkehrenden äußeren, inneren und Festigkeitsprüfungen der Anlagenteile. Bestandteile der Prüfungen können auch erstmalige und wiederkehrende Teilprüfungen an sicherheitsrelevanten MSR-Einrichtungen sein, die von Prüfern der ZÜS mit Fachkenntnissen zur funktionalen Sicherheit oder im Rahmen eines Betreibermanagements der funktionalen Sicherheit durchgeführt werden. Dabei sind Aspekte der Cybersicherheit zu berücksichtigen.

Die Zuständigkeiten für Prüfungen, ZÜS oder befähigte Person, sind in Tabellen der Betriebssicherheitsverordnung festgelegt (Anhang 2, Abschnitt 4 Tabellen 2

bis 11). Für bestimmte Druckanlagen und Anlagenteile werden in einer weiteren Tabelle besondere Prüfanforderungen genannt (Anhang 2, Abschnitt 4 Tabelle 12).

Interessant ist für Betreiber eine im Jahr 2015 eingeführte Wahlmöglichkeit, bei der wiederkehrenden inneren Prüfung auf die Besichtigung der drucktragenden Wandung und bei wiederkehrenden Festigkeitsprüfungen auf die Durchführung der Wasserdruckprüfung zu verzichten. Voraussetzung ist, dass geeignete Ersatzverfahren festgelegt und durchgeführt werden, die in einem Prüfkonzept beschrieben und von einer ZÜS bestätigt sind (BetrSichV, Anhang 2, Abschnitt 4, Nr. 5.7). Die Ersatzverfahren können Prüfverfahren der zerstörungsfreien Prüfung (zfP-Verfahren) oder Maßnahmen auf der Grundlage der Methodik risikobasierter Inspektion sein. Die jeweiligen Anforderungen werden in der TRBS 1201-2 beschrieben.

### **Besonderheit: Aufzugsanlagen**

Seit der BetrSichV-Neufassung 2015 sind die Zugelassenen Überwachungsstellen verpflichtet, eine Prüfplakette mit Monat und Jahr der nächsten wiederkehrenden Prüfung in der Aufzugskabine sichtbar anzubringen.

Zum Prüfinhalt gehören auch alle aufzugsexternen Sicherheitseinrichtungen, die für die sichere Benutzung der Aufzugsanlage erforderlich sind, z. B. Notstromversorgung für Feuerwehraufzüge oder Überdruckbelüftungsanlage zur Rauchfreihaltung. Außerdem muss im Fahrkorb ein Zweiwege-Kommunikationssystem installiert sein, über das ein Notdienst ständig erreichbar ist, und es muss ein Notfallplan ausgehängt werden.

### **Besonderheit: Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen**

Die partielle Doppelregelung zum Explosionsschutz in der BetrSichV 2002 wurde bereits mit der Neufassung 2015 beseitigt und die Gefahrstoffverordnung entsprechend geändert. Da die Explosionsgefährdung primär vom Gefahrstoff ausgeht, müssen die Gefährdungsbeurteilungen und die Festlegungen von Schutzmaßnahmen zum Explosionsschutz (Explosionsschutzdokument) seither ausschließlich nach der Gefahrstoffverordnung erarbeitet und dokumentiert werden. Die erhöhten Qualifikationsanforderungen an die „zur Prüfung befähigte Person“, die Prüfpflichten und die Prüffristen (Höchstfristen) sind weiterhin in der Betriebssicherheitsverordnung geregelt.

Es ist zu beachten, dass die gesamte Anlage im explosionsgefährdeten Bereich alle sechs Jahre und Geräte, Schutzsysteme oder Sicherheits-, Kontroll- oder Regelvorrichtungen als Bestandteil der Anlage wiederkehrend alle drei Jahre zu überprüfen sind. Lüftungsanlagen, Gaswarn- und Inertisierungseinrichtungen inkl. deren Steuerung müssen zusätzlich jährlich geprüft werden. Alle Anlagenteile sind in die vollumfängliche Prüfung der „Gesamtanlage“ einzubeziehen.

Die „befähigte Person“ im Bereich Explosionsschutz muss über die in § 2 Absatz 6 genannte Qualifikation hinaus

- über eine einschlägige technische Berufsausbildung oder eine andere für die vorgesehenen Prüfungsaufgaben ausreichende technische Qualifikation verfügen,
- über eine mindestens einjährige Erfahrung mit der Herstellung, dem Zusammenbau, dem Betrieb oder der Instandhaltung der zu prüfenden Anlagen oder Anlagenkomponenten im Sinne dieses Abschnitts verfügen und
- ihre Kenntnisse über Explosionsgefährdungen durch Teilnahme an Schulungen oder Unterweisungen auf aktuellem Stand halten.

Für besondere Prüfaufgaben bei Geräten, Schutzsystemen und Sicherheits-, Kontroll- oder Regelvorrichtungen ist darüber hinaus eine behördliche Anerkennung der Person erforderlich (Anhang 2, Abschnitt 3, Nr. 3.2 und 4.2 BetrSichV).

### Prüffristen überwachungsbedürftiger Anlagen

Der Betreiber der Anlage legt die Prüffristen auf der Basis einer Gefährdungsbeurteilung fest. Die Festlegung der Prüffrist wird in der Regel von der ZÜS überprüft. Die in der Verordnung vorgesehenen Höchstfristen dürfen der Betreiber und die ZÜS nicht überschreiten (s. a. die Tabelle).

Auszug überwachungsbedürftige Anlage (durch ZÜS)	Höchstfristen, exemplarisch
Druckanlagen (allgemein)	10 Jahre
Anlagenteil (Dampfkessel)	1, 3, 9 Jahre (äußere Prüfung, innere Prüfung, Festigkeitsprüfung)
Anlagenteil (Druckbehälter)	2, 5, 10 Jahre (äußere Prüfung, innere Prüfung, Festigkeitsprüfung)
Anlagenteil (Rohrleitungen)	5 Jahre (äußere Prüfung und Festigkeitsprüfung)
Flaschen für Atemschutzgeräte	5 Jahre (äußere Prüfung, innere Prüfung, Festigkeitsprüfung) 2,5 Jahre (Flaschen in Tauchgeräten) (äußere und innere Prüfung, 5 Jahre Festigkeitsprüfung)
Kälte und Wärmepumpenanlagen	5 oder 10 Jahre (Fluidgruppe 1 oder 2)
Gasfüllanlagen	5 Jahre oder 10 Jahre
Aufzugsanlagen (Hauptprüfung)	2 Jahre
Aufzugsanlagen (Zwischenprüfung)	2 Jahre (zwischen zwei Hauptprüfungen)

Auszug überwachungsbedürftige Anlage (durch ZÜS)	Höchstfristen, exemplarisch
Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen (Prüfung an Anlagen nach § 18 Absatz 1 Nummer 3 bis 8)	6 Jahre („Gesamtanlage“)

Folgende Einflussfaktoren sind gemäß „Leitfaden zur Ermittlung der Prüffristen“ (EK ZÜS) sowie TRBS 1201 Teil 2 Pkt. 11 wichtig:

- Auslegung und Fertigung
- Dokumentierte Qualität
- Betriebsbedingte Einflüsse auf die Lebensdauer

Unter definierten Randbedingungen kann der Arbeitgeber ein Instandhaltungskonzept (bei bestimmten Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen) oder ein Prüfkonzept (bei Druckanlagen) bzw. ein Prüfprogramm (bei Rohrleitungen) erarbeiten und damit Prüferleichterungen und Ersatzprüfungen festlegen.

### **Prüfvorschriften für „bestimmte Arbeitsmittel“**

In Anhang 3 der Betriebssicherheitsverordnung sind „bestimmte Anlagen“ aufgeführt, die nicht überwachungsbedürftig im Sinne von Anhang 2 sind, aber dennoch besonderen Prüfanforderungen unterliegen:

- Krane
- Flüssiggasanlagen
- Maschinentechnische Arbeitsmittel der Veranstaltungstechnik

Diese sind vor der erstmaligen Inbetriebnahme, vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen und wiederkehrend in festgelegten Zeitabständen durch Prüfsachverständige oder „befähigte Personen“ zu überprüfen.

### **Prüfsachverständige für „bestimmte Arbeitsmittel“**

Der Begriff „Prüfsachverständiger“ ist im Baurecht eine eingeführte Bezeichnung. Im Sinne der BetrSichV müssen Prüfsachverständige zusätzlich zu den Anforderungen an „zur Prüfung befähigte Personen“ nach § 2 (6) BetrSichV die folgenden Voraussetzungen nachweisen können:

- eine abgeschlossene Ausbildung als Ingenieur oder vergleichbare Kenntnisse und Erfahrungen in der Fachrichtung, auf die sich ihre Tätigkeit bezieht,
- mindestens drei Jahre Erfahrung in der Konstruktion, dem Bau, der Instandhaltung oder der Prüfung der betreffenden Anlagen, davon mindestens ein halbes Jahr Beteiligung an der Prüftätigkeit eines Prüfsachverständigen,
- Erfahrung mit der Betriebsweise der Anlagen,

- ausreichende Kenntnisse über die einschlägigen Vorschriften und Regeln,
- Vorliegen der für die Prüfung erforderlichen Einrichtungen und Unterlagen und
- Aktualisierung ihre fachlichen Kenntnisse auf neuestem Stand.

### Besonderheit bei Medizinprodukten

Auch aktive nicht implantierbare Medizinprodukte sind in erster Linie Arbeitsmittel gemäß Betriebssicherheitsverordnung. Somit gelten die Forderungen der BetrSichV, des Arbeitsschutzgesetzes und der Unfallverhütungsvorschriften auch für diese Art von Medizinprodukten. Spezielle Regeln dazu finden sich in der Medizinprodukte-Betreiberverordnung, in der im Anwendungsbereich in § 1 Abs. 3 MPBetreibV Folgendes definiert ist:

*(3) Die Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes und die Rechtsvorschriften, die aufgrund des Arbeitsschutzgesetzes erlassen wurden, die Vorschriften des Strahlenschutzgesetzes und der auf dessen Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen sowie Unfallverhütungsvorschriften bleiben unberührt.*

Vorrangiges gemeinsames Schutzziel beider Verordnungen ist die sichere Verwendung von Arbeitsmitteln (hier Medizinprodukten) in einer Gesundheitseinrichtung (vgl. Abbildung 1).

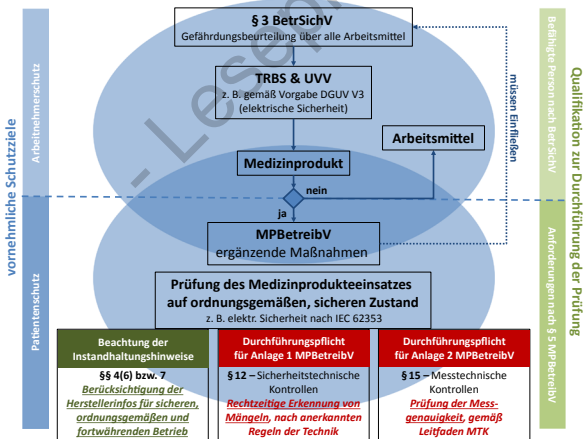


Abb. 1: Abgrenzung der wesentlichen Forderungen aus BetrSichV und MPBetreibV<sup>6</sup>

Die speziellen Forderungen der MPBetreibV – auch im Kontext der Berücksichtigung der Herstellerempfehlungen zur Instandhaltung von Medizinprodukten – haben Einfluss auf das Verständnis der Inhalte und Ergebnisse einer festzulegenden Instandhaltungsstrategie in medizinisch-technischen Bereichen. Diese findet ergänzend ihre rückführbare Dokumentation in den Gefährdungsbeurteilungen gemäß BetrSichV wie auch in den nach MPBetreibV geforderten Bestandsverzeichnissen (§ 14 MPBetreibV), Medizinproduktebüchern (§ 13 MPBetreibV) und in den besonderen Prüfungen wie Sicherheitstechnischen Kontrollen (§12 MPBetreibV).<sup>5</sup>

### Unfall- und Schadensanzeige

Der Arbeitgeber hat bei überwachungsbedürftigen Anlagen und bei bestimmten Arbeitsmitteln nach Anhang 3 (Krane, bestimmte Füllanlagen, maschinentechnische Anlagen der Veranstaltungstechnik) der zuständigen Behörde folgende Ereignisse unverzüglich anzuzeigen:

- jeden Unfall, bei dem ein Mensch getötet oder erheblich verletzt worden ist, und
- jeden Schadensfall, bei dem Bauteile oder sicherheitstechnische Einrichtungen versagt haben.

### Ausschuss für Betriebssicherheit

Der Ausschuss für Betriebssicherheit hat unter anderem die Aufgabe, Technische Regeln für Betriebssicherheit (TRBS) zu erarbeiten. Diese werden fortlaufend aktualisiert und dem aktuellen Stand der BetrSichV angepasst. Alle bisherigen Technischen Regeln (auch berufsgenossenschaftliche Vorschriften, Unfallverhütungsvorschriften) können weiterhin als Erkenntnisquelle genutzt werden, wenn sie den Bestimmungen der Betriebssicherheitsverordnung bzw. den TRBS nicht widersprechen. Rechtlich bindend und gültig ist jeweils nur die amtliche Fassung der TRBS, die im Gemeinsamen Ministerialblatt (GMBL.) veröffentlicht ist (vgl. [www.baua.de/DE/Angebote/Regelwerk/TRBS/TRBS.html](http://www.baua.de/DE/Angebote/Regelwerk/TRBS/TRBS.html)).

### Mehr Eigenverantwortung – mehr Freiräume

Die Betriebssicherheitsverordnung stärkt die Eigenverantwortung der Betriebe. Arbeitgeber erhalten Freiräume, die Organisation in ihrem Unternehmen nach sicherheitsrelevanten und ökonomischen Überlegungen zu optimieren. So haben sie seit 2008 uneingeschränkt die Freiheit, zwischen mehreren zugelassenen Überwachungsstellen zu wählen. Auch die Auswahl der „befähigten“ oder „fachkundigen“ Person liegt in der Verantwortung der Arbeitgeber, allerdings auch die Überprüfung der Qualifikationsvoraussetzungen dieser Perso-

---

5 Quelle: S. Schroll, T. Jacob; weiterführende Informationen: [www.tuv.com/mcs](http://www.tuv.com/mcs)  
MedizinprodukteBetriebsverordnung – MPBetreibV – Artikel 1 V. v. 14.02.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 38); zuletzt geändert durch Artikel 1 V. v. 31.10.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 263)

nen. Abgesehen von gesetzlichen Höchstfristen gibt es keine starren Prüffristen mehr. Der Arbeitgeber ermittelt selbst die Prüffristen für seine Arbeitsmittel inkl. der überwachungsbedürftigen Anlagen (Höchstfristen) auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilung.

Die Maßnahmen auf die individuelle Betriebsweise der Anlagen abzustellen bietet Möglichkeiten für sicherheitsgerechte und effiziente Lösungen. Gefährdungsbeurteilungen, Prüfkonzpte, Prüfprogramme und Instandhaltungskonzepte werden künftig insbesondere in großen Industrieunternehmen eine noch größere Rolle spielen. Alle Arbeitgeber sind gut beraten, ihre innerbetriebliche Arbeitsschutzorganisation auf den Prüfstand zu stellen und alle Maßnahmen nachvollziehbar zu dokumentieren.

Die Freiräume auf der einen Seite bedeuten selbstverständlich auch mehr Verantwortung und damit Haftungsrisiken auf der anderen Seite. Insbesondere wegen der persönlichen Haftung der verantwortlichen Personen (z.B. Vorstand, Geschäftsführung) und im Interesse der Sicherheit aller Beschäftigten müssen die Betriebssicherheitsverordnung und das Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen in jedem deutschen Unternehmen mit hoher Priorität „gerichtsfest“ umgesetzt werden.

Antonius Spier (Hrsg.)  
TÜV Rheinland Industrie Service GmbH  
Alboinstraße 56  
12103 Berlin [www.tuv.com](http://www.tuv.com)  
[antonius.spier@de.tuv.com](mailto:antonius.spier@de.tuv.com)

Thomas Prager (Mitherausgeber)  
TÜV Rheinland Industrie Service GmbH  
Am Grauen Stein  
51105 Köln  
[thomas.prager@de.tuv.com](mailto:thomas.prager@de.tuv.com)

Unsere Empfehlung:

Wenn Sie mehr zur betrieblichen Sicherheit erfahren wollen, finden Sie hier weiterführende Onlineseminare und Webinare – aus der Praxis für die Praxis:



[www.tuv.com/industrie-webinare](http://www.tuv.com/industrie-webinare)

---

- Leseprobe -



# **Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt**

## **(Produktsicherheitsgesetz – ProdSG)**

vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3146)

### **Abschnitt 1**

#### **Allgemeine Vorschriften**

#### **§ 1 Anwendungsbereich**

(1) Dieses Gesetz ist anzuwenden, wenn im Rahmen einer Geschäftstätigkeit Produkte auf dem Markt bereitgestellt, ausgestellt oder erstmals verwendet werden.

(2) Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden auf

1. Antiquitäten,
2. gebrauchte Produkte, die vor ihrer Verwendung instandgesetzt oder wieder aufgearbeitet werden müssen, sofern der Wirtschaftsakteur denjenigen, an den sie abgegeben werden, darüber ausreichend unterrichtet,
3. Produkte, die ihrer Bauart nach ausschließlich zur Verwendung für militärische Zwecke bestimmt sind,
4. Lebensmittel, Futtermittel, lebende Pflanzen und Tiere, Erzeugnisse menschlichen Ursprungs und Erzeugnisse von Pflanzen und Tieren, die unmittelbar mit ihrer künftigen Reproduktion zusammenhängen,
5. Medizinprodukte im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1; L 117 vom 3.5.2019, S. 9; L 334 vom 27.12.2019, S. 165), die durch die Verordnung (EU) 2020/561 (ABl. L 130 vom 24.4.2020, S. 18) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung sowie im Sinne von Artikel 2 Nummer 2 der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176; L 117 vom 3.5.2019, S. 11; L 334 vom 27.12.2019, S. 167) in der jeweils geltenden Fassung,